

Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 37 / 2015



Inhalt

- 2 Österreich künftig ein Entwicklungsland?
Daniel Bacher, Dreikönigsaktion
- 3 Statements der entwicklungspolitischen Sprecher_innen der Parlamentsklubs zu den SDGs
- 4 Projektpartnerschaft: Trilateraler Arbeitsbesuch der Experten Thomas Holzinger und João Viegas in Maputo
- 6 Do we have an agenda? Die UN-Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Addis Abeba und ihre Ergebnisse
Martina Neuwirth, VIDC, Tax Justice Europa
- 8 AWEPA Konferenz „Peace, Security and Sustainable Development“
Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Senior Parliamentary Advisor für die MDGs
- 9 Runder Tisch „Menschen.Rechte.Wirtschaft“ im Parlament
- 10 Aktivitäten der AWEPA Sektion Österreich – ein Rückblick
- 12 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Bei der 70. UN-Generalversammlung wurden u.a. die Sustainable Development Goals (SDGs) beschlossen – eine globale Entwicklungsagenda für die kommenden Jahrzehnte.

Foto: Daniel Bacher

Editorial

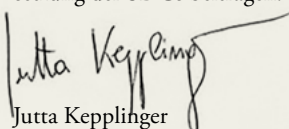


Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Leserinnen und Leser!

Am 25. September wurden in New York die Sustainable Development Goals – 17 an der Zahl, kurz SDGs genannt, beschlossen. Sie stellen eine Art Landkarte dar, an der sich in Zukunft alle Staaten im Hinblick auf ihre Politiken innerhalb des Landes als auch in ihrer Außenpolitik orientieren sollten. Es gibt keine Unterscheidung mehr in jene Länder, die sich noch „entwickeln“ müssen und jene, die schon „entwickelt“ sind. Ende von Hunger, Armut und Ungleichheit der Geschlechter oder die nachhaltige Nutzung von Ressourcen sind universelle Themen, die uns alle beschäftigen sollten, so die These hinter dem Konzept.

Um Konzepte zu verwirklichen braucht es eine Finanzierung – das gilt auch für die SDGs. Im Juli 2015 fand daher die dritte Financing for Development Konferenz statt. Das Abschlussdokument, die Addis Ababa Action Agenda (AAAA), bietet einen klangvollen Namen, aber wie viel „Action“ tatsächlich dahinter steckt, können Sie im Artikel von Martina Neuwirth nachlesen, die Mitglied der offiziellen österreichischen Delegation war.

Man mag zum neuen Rahmenwerk der SDGs positiv stehen oder nicht, es wird uns in den nächsten Jahren begleiten. Die österreichischen NGOs sind bereit, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, aber auch kritisch zu hinterfragen und die Politik zu fordern, wie Daniel Bacher in seinem Beitrag darlegt. Ihre Verantwortung für die SDGs, geschätzte Abgeordnete, liegt wie immer in Ihrer Rolle als Gesetzgeber, als Kontrollorgan der Regierung und als jene 183 bzw. 244 Personen, die das Budget für unser Land beschließen. Ihr Handeln wird somit maßgeblich zum Erfolg oder zum Scheitern Österreichs bei der Umsetzung der SDGs beitragen.


Jutta Kepplinger

Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

Österreich künftig ein Entwicklungsland?

Daniel Bacher, Anwaltschafts- und Projektreferent bei der Dreikönigsaktion; Mitglied der offiziellen österreichischen Delegation beim UN Gipfel in New York

Am 25. September 2015 wurden in New York beim UN Sustainable Development Summit die globalen UN-Nachhaltigkeitsziele beschlossen. Österreich war durch Bundespräsident Fischer, BM Kurz, BM Heinisch-Hosek und BM Rupprechter vertreten. Die neuen Ziele werden 2016 in Kraft treten und gelten für alle Länder der Welt bis 2030. Bundespräsident Fischer betonte vor der UN Österreichs Bekenntnis zur Implementierung der Agenda auf allen Ebenen und die Notwendigkeit von regelmäßigen Überprüfungen.

Die Erarbeitung der Sustainable Development Goals (SDGs) wurde bei der Rio+20 Nachhaltigkeitskonferenz im Jahr 2012 beschlossen, und anschließend arbeiteten 70 Staaten in einem innovativen Prozess für 3 Jahre an Zielformulierungen. Die geplante Nachfolge der Millennium Development Goals (MDGs), im Kern eine Entwicklungsagenda für den globalen Süden, wurde dabei mit den Nachhaltigkeitszielen

verschmolzen. Wirtschaftliche und ökologische Zieldimensionen sind stärker integriert worden. Zudem gibt es weitere Ziele zu Frieden, Gerechtigkeit und inklusiven Institutionen sowie Ungleichheit. In Zukunft wird es daher nur mehr EINE universell gültige Agenda geben. Die Aufteilung in Nord und Süd ist somit obsolet geworden, wenngleich Nord-Süd Unterschiede weiterhin eine Rolle spielen. Während bei den MDGs die OECD-Staaten primär Geberländer waren, so müssen sie sich bei den SDGs anstrengen und künftig über ihre Nachhaltigkeitsziele im Innen- und Außenverhältnis berichten. Ein Beschluss zu den Indikatoren ist noch ausständig und wird mit März 2016 erwartet.

Der Finanzbedarf für die neue Agenda wird laut UN auf 3-5 Billionen USD geschätzt¹. Eine Konferenz zu Finanzierung für Entwicklung im Juli 2015 in Addis Abeba brachte allerdings wenig Konkretes. Die Industriestaaten betonen verstärkt eine Verbreiterung der



Abb. 1: Die 17 Sustainable Development Goals in ihrer grafischen Kurzform. Jedes dieser Ziele ist in Unterziele gegliedert, sodass sich insgesamt 169 Ziele ergeben. In der Präambel ist von einer integrierten Entwicklung die Rede, die Armut und Hunger beendet, Gleichberechtigung schafft und dass basierend auf nachhaltigem Wirtschaften, das die natürlichen Ressourcen und Grenzen der Erde respektiert, alle Menschen in Frieden leben und am weltweiten Wohlstand teilhaben können. Eine Partnerschaft, die auf globaler Solidarität fußt, soll die entscheidende Antriebskraft für die Umsetzung sein. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Zusammenhängen zwischen den einzelnen Bereichen.

¹ www.ipsnews.net/2015/08/u-n-targets-trillions-of-dollars-to-implement-sustainable-development-agenda/;
www.reuters.com/article/2015/08/02/us-un-development-goals-idUSKCN0Q70X20150802#U3iYzzwLr9GbRfV.97

Steuerbasis in Ländern des Südens, die Forcierung von öffentlichen privaten Partnerschaften (PPPs) und die mögliche Hebelwirkung von öffentlichen EZA Geldern. Innovative Steuern wie eine Finanz- oder Währungstransaktionssteuer, Steuern auf Waffenverkäufe oder Ökosteuern (z.B. Flugtickets) wurden nicht verhandelt.

Der IWF schätzt, dass weltweite Energiesubventionen 5,3 Billionen USD betragen². Die SDG Agenda bekennt sich zwar zu einer Rationalisierung fossiler Subventionen, aber es fehlen jegliche Zeitpläne, obwohl gerade dies dringend benötigte Ressourcen für eine sozial-ökologische Transformation freimachen würde. Positiv zu nennen ist in diesem Kontext die Etablierung eines neuen Technologietransfermechanismus, damit Länder des Südens nachhaltigere Investitionen in Bereichen wie Energie oder Verkehr tätigen können.

Die SDGs bekennen sich zur Notwendigkeit einer Fortschrittsmessung komplementär zum BIP und auch die Förderung der Lebenszufriedenheit. Zugleich fußen sie nach wie vor auf einem stark wachstumsorientierten Paradigma, obwohl die Überschreitung ökologischer Belastungsgrenzen klarer denn je zum Vorschein tritt. Der bevorstehende Klimagipfel in Paris wird zeigen, wie ernst

es der internationalen Staatengemeinschaft mit der neuen Agenda ist.

Genauso wichtig wie ein verbindliches Klimaabkommen in Paris ist allerdings nationales Handeln. Im Abschlussdokument werden die Staaten aufgerufen, ambitionierte Implementierungsstrategien zu entwerfen. Ein regulärer und inklusiver Review Mechanismus unter Einbindung von Zivilgesellschaft, Parlament, Privatsektor und weiterer relevanter Akteure wird ebenfalls gefordert. Nationale Berichte bilden letztendlich die Basis für regionale und globale Review Mechanismen wie dem High Level Political Forum, das alle 4 Jahre auf höchster Ebene im Rahmen der Generalversammlung stattfinden wird.

In Österreich fand in den letzten Jahren ein konsultativer Prozess zur Erarbeitung österreichischer Prioritäten statt, in dem ein interministeriell abgestimmtes 10-Punkte Papier erarbeitet wurde. Es fehlt bisweilen jedoch das politische Commitment zur Umsetzung der 17 Ziele. Ein Ministerratsvortrag wird gerade vorbereitet. Bei einer nationalen Umsetzung geht es nicht nur um Fragen politischer Kompetenzen und interministerieller Koordination. Es braucht Klarheit im Hinblick auf Zeitrahmen und Modus, Ressourcen und Partizipation der Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt



mangelt es bisher an der Kommunikation, damit die SDGs auch in der breiteren Bevölkerung bekannt werden.

Nachhaltigkeit ist letztendlich keine Frage der Berichtlegung. Die SDGs müssen zu nachhaltigen Praktiken auf verschiedenen Ebenen beitragen. Dazu müssen die SDGs allerdings erst von der Politik als Chance für Innovation wahrgenommen werden und ein Dialog mit dem Menschen geführt werden. Hier könnte Österreich von Ländern wie Schweden, Deutschland, Kolumbien, Kenia oder Indonesien lernen, die zu den SDG Pionieren gehören. Eine ländervergleichende SDG Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass Österreich bei den Zielen nicht schlecht dastehen würde und durchaus Stärken vorzuweisen hat³. Eine parlamentarische Debatte zu den SDGs könnte frischen Wind in den Prozess bringen.

BM Kurz beim UN Gipfel in New York. Auch Österreich bekennt sich zu den SDGs und deren Umsetzung auf nationaler Ebene. Konkrete Zuständigkeiten und Strukturen werden jedoch noch verhandelt.

Foto: Daniel Bacher

Statements der entwicklungspolitischen Sprecher_innen zu den SDGs

Abg.z.NR Petra Bayr, SPÖ Bereichssprecherin für globale Entwicklung

Nachdem die 17 SDGs nun offiziell beschlossen sind, ist es an der Zeit, dass die Regierung einen Umsetzungsplan vorlegt. Welche Schwerpunkte wird Österreich verfolgen? Wie stellen wir sicher, dass alle Ziele erfüllt werden? Welchen Zeitplan legt die Regierung vor? Welche Akteure übernehmen welche Rolle? Es ist ein umfangreiches Unterfangen, denn die Ziele lassen sich unterschiedlichen Ressorts zuweisen, somit gibt es auch unterschiedliche Verantwortlichkeiten. Klar ist aber, dass es für die Umsetzung eine Stelle braucht, die den Überblick wahrt, Kräfte bündelt, Un-

tätigkeit kritisiert oder gar sanktioniert. Für die Kontrolle der österreichischen SDG-Umsetzung ist es unerlässlich, dass das Parlament möglichst umfassend in allen relevanten Ausschüssen betraut wird. Fortschritte sollen effektiv ausschussübergreifend und holistisch beurteilt werden können. Stillstand, zu wenig Ambitionen oder das Denken und Agieren in Silos muss ebenso kritisch beurteilt werden können. Die aktuell im Parlament zur Verfügung stehenden Instrumente scheinen dafür nicht ausreichend. Es könnte sein, dass der SDG-Prozess von außen die par-

lamentarischen Strukturen verändern. Im europäischen Parlament etwa geben Ausschüsse zu Materien anderer Ausschüsse Stellungnahmen ab. Regelmäßige Treffen der Ausschussvorsitzenden zu bestimmten Themen wären eine andere Möglichkeit. Welchen Weg das österreichische Parlament gehen wird, ist noch ungewiss, es ist aber höchste Zeit, darüber nachzudenken und die ersten Schritte zu setzen.

Fortsetzung auf Seite 5.

² www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2015/new070215a.htm

³ www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/september/industriestaaten-drohen-neue-un-nachhaltigkeitsziele-zu-verfehlen

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Trilateraler Arbeitsbesuch der Experten Thomas Holzinger und João Viegas in Maputo

Jutta Kepplinger, Parlamentarischer NordSüdDialog



Vorstellung des Konzepts zum Tag der offenen Tür vor der Comissão Administrativo

Von 3. bis 10. Oktober 2015 fand ein Arbeitsbesuch des stv. Leiter des Dienstes Information und Öffentlichkeit des österreichischen Parlaments, Thomas Holzinger, und des Senior Adviser der IT Abteilung des portugiesischen Parlaments, João Viegas, mit Projektleiterin Jutta Kepplinger im mosambikanischen Partnerparlament in Maputo statt. Ziele der Reise waren die Evaluierung der Implementierung der IT-Strategie und der PR Aktivitäten (Guided Tours for Children), die Planung der Aktivitäten für das kommende Parlamentsjahr sowie die Schulung von Mitarbeiter_innen in ihren Aufgabenfeldern.

Thomas Holzinger und Projektleiterin Jutta Kepplinger präsentierten gemeinsam mit dem Leiter der Abteilung Internationales und Öffentlichkeitsarbeit des mosambikanischen Parlaments, Oriel Chemane, vor dem höchsten Beamt_in-

nengremium des Parlaments, der comissão administrativo, die Implementierungsmatrix für den Tag der offenen Tür (Portas Abertas), der analog zum Tag der offenen Tür im österreichischen Parlament gestaltet werden soll. Ziel ist es, bei der Bevölkerung Interesse an und ein Verständnis für die Arbeit im Parlament zu bewirken, um die Stellung dieser wichtigen demokratiepolitischen Institution zu stärken. Am Tag der offenen Tür soll das Parlament als gesetzgebende Kraft im Staat präsentiert, der legislative Prozess anhand von unterschiedlichen Medien erklärt und die Arbeitsgebiete der Abgeordneten sichtbar gemacht werden.

Bereits Anfang Dezember soll ein „Probelauf“ in kleinerem Rahmen durchgeführt werden. Unter dem Titel „Agenda Cultural“ lädt die Assembleia die Bevölkerung von 4. bis 8. Dezember 2015 zu einem Programm anlässlich der Feiern zu 40 Jahre Unabhängigkeit. Geplant sind Parlamentsführungen, eine Fotoausstellung mit Bildern aus den vergangenen Jahrzehnten, die Ausstellung von Artefakten und Requisiten parlamentarischer Arbeit, sowie die Möglichkeit, sich mit der Parlamentspräsidentin fotografieren zu lassen.

Gemeinsam mit den Kolleg_innen des österreichischen Parlaments wurden

Inhalt und Layout der Einladungen, Plakate und der Roll Ups erstellt. Die Roll Ups werden in den Räumen aufgestellt und sollen Informationen über die wichtigsten Bereiche und Aufgaben des Parlaments bieten. Sie können auch beim Tag der offenen Tür im nächsten Jahr sowie bei den Parlamentsführungen genutzt werden. Auch eine kleine Broschüre mit dem Programm und der Geschichte des mosambikanischen Parlaments wurde mit Unterstützung der österreichischen Kolleg_innen produziert. Die Erfahrungen mit der Veranstaltung im Dezember sollen in die Vorbereitung des Tag der offenen Tür im nächsten Jahr einfließen.

Neben dem Treffen mit Kolleg_innen aus dem Partnerparlament stand auch der Austausch mit Vertreter_innen der EU auf dem Programm, um sich über die geplanten Aktivitäten im nächsten Jahr auszutauschen und so Überschneidungen zu vermeiden. Gerade im Bereich der IT Implementierung gibt es seit dem Vorjahr eine gute Zusammenarbeit, die auch weiter fortgesetzt werden soll. Der neue Leiter des ICT Bereichs, Dr. Américo Cassamo, hat sich viel vorgenommen im Hinblick auf eine Adaptierung von Inter- und Intranet, aber auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abgeordneten durch den Ausbau der IT Infrastruktur. Ein besonderes Anliegen ist ihm die Nutzung moderner Technologie für die Kommunikation zwischen Abgeordneten und der Bevölkerung. Gemeinsam mit dem Experten des portugiesischen Parlaments wurde ein Aktivitätenplan für 2016 erstellt. Dabei wurde auch dem dringenden Bedarf an Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter_innen der IT Abteilung Rechnung getragen.



SG Armando Correia und Thomas Holzinger in gutem Einvernehmen über die Partnerschaft

Fotos: Jutta Kepplinger



Senior Advisor der IT Abteilung des Portugiesischen Parlaments, João Viegas, beim Arbeitstreffen mit dem neuen ICT Advisor Américo Cassamo und dem Leiter der IT-Abteilung Paulo Macie

Abg.z.NR Franz-Joseph Huainigg, Sprecher für Entwicklungszusammenarbeit der ÖVP

Es war ein bewegender Moment, als am 25. September in New York über 160 Regierungschefs die neuen globalen Weltziele verabschiedeten. Die Vision ist: Hunger und Armut sollen endgültig aus der Welt geschaffen werden, der Klimawandel soll gestoppt werden und Beschäftigung soll durch Einbindung des Privatsektors geschaffen werden. Die Ziele sind universell gültig, das heißt jedes Land muss diese Ziele sowohl im eigenen Land, als auch auf internationaler Ebene umsetzen.

Wie sollen sie in Österreich umgesetzt werden? Jedes Ministerium ist aufgefordert, in seinem Bereich die Weltziele

zu erfüllen und die Gesetzwerdung entsprechend ausulegen. Den Lead sollen das Außenministerium, das Ministerium für ein lebenswertes Österreich, das Bundeskanzleramt und das Sozialministerium übernehmen. Aber auch alle anderen Ministerien wie beispielsweise Unterricht, Wirtschaft, Verteidigung und Justiz müssen entsprechend eingebunden werden. Ich trete dafür ein, dass eine Arbeitsgruppe, in welcher jedes Ministerium vertreten ist, einen Nationalen Aktionsplan entwickelt. In die Erstellung dieses Aktionsplans müssen auch Vertreter_innen der Länder, Gemeinden und der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Bei der Umsetzung

der SDGs wird auch das Parlament eine Rolle spielen: In den Klubs und Ausschüssen muss über die SDGs informiert werden und das Parlament soll die Begleitung und das Monitoring des Umsetzungsprozesses übernehmen.

Als letzten zentralen Punkt bei der Umsetzung möchte ich die Bewusstseinsbildung, sowohl in der Politik, als auch in der Zivilgesellschaft, ansprechen. Geht man heute auf die Straße und fragt Leute, was die neuen Weltziele sind, erntet man Kopfschütteln und Achselzucken. Es braucht mehr Bewusstsein dafür. Darum: Sich selbst informieren und engagieren aber auch unbedingt weitersagen!

Abg.z.NR Johannes Hübner, Bereichssprecher für Außenpolitik und Europa der FPÖ

Meiner Meinung nach sind die nunmehr als „neu“ verkauften 17 „nachhaltigen Entwicklungsziele“ (SDG's) nichts anderes als eine Fortschreibung und Aufblähung der Jahrtausendwende-Ziele (MDG's). Die ersten sieben nunmehr „nachhaltigen Ziele“ sind überhaupt mit den Millenniumszielen ident. Ob diese Ziele ganz, teilweise oder gar nicht erreicht wurden – darüber scheiden sich die Geister. Jedenfalls ist festzustellen, dass die Staaten und Regionen mit den größten Fortschritten bei der Armutsbekämpfung und der Modernisierung ihrer staatlichen Infrastrukturen (einschließlich des Gesundheitswesens) verhältnismäßig geringe Entwicklungshilfeanteile ihres Brutto-sozialproduktes aufweisen (siehe etwa

Indien). In Subsahara Afrika, wo der Anteil an „Entwicklungstransferleistungen“ am BIP besonders hoch ist, sind die Fortschritte – von wenigen positiven Beispielen wie Äthiopien, Ruanda und Ghana abgesehen – mäßig.

Ob mit der Ausweitung theoretischer und stark kopf- bzw. eurolastiger „Nachhaltigkeitsziele“ mehr Effizienz erreicht werden kann, darf bezweifelt werden. Planwirtschaftliche Zielsetzungen a lá COMECON sind schon in Einzelstaaten nicht hilfreich gewesen, über fast 100 „zu entwickelnde“ Staaten gestülpt, erscheinen sie völlig verfehlt. Zu befürchten ist, dass sie ein Vorwand für einen weiteren Ausbau der Entwicklungsbürokratie, für mehr

„Evaluierungen“, Studien, „Awareness building“ und Arbeitskreise werden könnten (169 Unterkapitel, die man bei 193 Unterzeichnerstaaten hinsichtlich ihrer Zielerreichung „evaluieren“ kann, laden zu 32.617 Berichten – pro Evaluierung – ein). Was die armen und ärmsten Länder brauchen, sind jedoch nicht Festivals, Nabelschau und Konferenzen in den entwickelten „Geberländern“, sondern Unterstützung bei der Entwicklung funktionierender Verwaltungen, zeitgemäßer Infrastrukturen und wirtschaftlicher Lebensgrundlagen vor Ort. Auch „Gender Mainstreaming“ in den Studien und Arbeitsaufträgen der Entwicklungsbürokratie wird dabei nicht wirklich hilfreich sein!

Abg.z.NR Tanja Windbüchler-Souschill, Sprecherin für Außen- und Entwicklungspolitik der Grünen

Der Beschluss der SDGs gibt allen Ländern, insbesondere den Industrieländern, die Chance, unter dem Motto „Leave no one behind“ die Ursachen von Armut, extremer Ungleichheit sowie Umweltzerstörung und Klimawandel zu bekämpfen. Die neuen Ziele sollen universell für alle Länder gelten a la „Wir sind jetzt alle Entwicklungsländer“. Doch bisher gewann ich den Eindruck,

als würde die Universalität der SDGs die österreichische Regierung überfordern. Dabei ist sie eine Chance: Österreich erklärt sich mit der Unterzeichnung der SDGs bereit, von nun an nachhaltige Weltinnenpolitik anstatt kurzfristige Eigeninteressenspolitik zu machen.

Österreich muss mutige Schritte setzen, um die Visionen der Agenda 2030 Rea-

lität werden zu lassen. Nachhaltige ökonomische Alternativen wie eine kohlenstoffarme Wirtschaft müssen entwickelt werden, die Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen muss berücksichtigt werden.

Österreich braucht einen nationalen Umsetzungsplan mit klar definierten Verantwortlichkeiten auf Bundes-, Län-

der und Gemeindeebene, sowie mit Koordinationskompetenzen, Zeitplan und Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel. So ein Plan liegt derzeit noch nicht vor. Die verschiedenen Politikbereiche, die zur Erreichung der SDGs sicherlich großen Handlungsbedarf haben, müssen effizient abgestimmt werden. Außerdem müssen die Aktivitäten

der Regierung zur SDG Agenda öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden und die Zivilgesellschaft bei der Mitgestaltung vom Umsetzungsplan bis zur Umsetzung und Überprüfung mit eingebunden werden. Nicht zuletzt braucht es eine Verpflichtung zur Rechenschaft gegenüber Parlament und Öffentlichkeit.

Zur Erlangung der SDGs ist eine kohärente, entwicklungspolitische Strategie des Bundes unabdingbar, die nicht Wirtschaft sondern den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Sie muss ressortübergreifend und verbindlich sein. Ein Stufenplan zur Erreichung des 0,7 % Zieles bis 2020 soll gesetzlich verankert sein.

Abg.z.NR Christoph Vavrik, Sprecher für Außen- und Entwicklungspolitik der NEOS

Auf der einen Seite sind die Herausforderungen, denen sich die Menschheit zu stellen hat, bedrohlicher denn je. Lokale Konflikte wirken sich bis in weit entfernte Regionen destabilisierend aus; Armut und Elend lösen riesige Migrationsströme aus; vor allem aber droht die Menschheit diesen Planeten so stark zu beschädigen, dass sie ihre eigene Lebensgrundlage gefährdet. So gesehen ist eine globale Partnerschaft zur Bekämpfung von Armut und Hunger, zur Sicherung von Frieden, und zur Gewährleistung von Leben in Gleichberechtigung und Würde, im Rahmen eines nachhaltigeren Wirtschaftens, und zwar in allen Ländern, ein Gebot.

Auf der anderen Seite wäre es vielleicht zielführender gewesen, sich auf weniger

als auf 17 Ziele und 169 Teilziele festzulegen. Dazu kommt, dass die Rechenschaftslegung noch nicht geklärt ist. Es besteht die Gefahr, dass manche Akteure diejenigen Ziele auswählen, die leicht erreichbar oder nicht überprüfbar sind. Der universelle und ganzheitliche Ansatz der SDGs könnte sich in der Praxis als überambitioniert herausstellen, und somit im Vergleich zu den Millenniumszielen in einen Rückschritt münden.

Die SDGs sind also ein vollkommeneres Unterfangen als die Millenniumsziele. Ihre Verwirklichung wird aber noch mehr von politischem Willen abhängen. Diesen Willen verspüre ich international nur vereinzelt. Und in Österreich war dieser Wille noch nie so schwach wie heute. Als Beispiel sei hier die Unfähig-

keit der Regierung angeführt, einen Stufenplan zu erstellen, um ihr Versprechen einzulösen, 0,7% des BNE für Entwicklungspolitik bereitzustellen.

Meines Erachtens sollte Österreich einen doppelten Fokus haben: erstens die Abschaffung von absoluter Armut und Hunger (SDGs Nr. 1 & 2), in ausgewählten LDCs. Zweitens, einen Fokus auf den Balkan; dort kann Österreich auf Grund der geographischen Nähe, der geschichtlichen Bande und des bereits geleisteten Einsatzes auch auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene, einen messbaren Beitrag leisten.

Do we have an agenda?

Die UN-Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Addis Abeba und ihre Ergebnisse

Martina Neuwirth, VIDC, Vertreterin von Tax Justice Europe; besuchte die FFD3-Konferenz und war als NGO-Vertreterin Mitglied der offiziellen österreichischen Delegation

Vom 13. bis 16. Juli 2015 fand in Addis Abeba (Äthiopien) die dritte Financing for Development-Konferenz der UNO (FFD3) statt. Auf der Agenda stand neben der Finanzierung von Entwicklung auch die Ausgestaltung des globalen Finanzsystems. Die Konferenz stellte die

Weichen für die neuen, im September beschlossenen globalen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals; SDGs) und für den Pariser Klima-Gipfel im Dezember 2015. Gradmesser des Erfolgs waren für NGOs daher, ob die Staatengemeinschaft konkrete Zusagen

zur Finanzierung der SDG-Agenda macht und das strukturell ungleiche globale Finanz- und Wirtschaftssystem endlich grundlegend reformiert. Denn Ziel sollte neben der Bekämpfung der Armut auch die der exzessiven Ungleichheit sein. Wenn die 85 reichsten

Personen so viel wie die (ärmere) Hälfte der Menschheit besitzt, verhindert das eine gerechte globale Entwicklung.

Doch die Addis Ababa Action Agenda (AAAA) verdient ihren Namen nicht ganz, denn sie bietet kaum mehr als eine Zusammenfassung des Status Quo. Der während der Konferenz oft beschworene „neue Wind“ ist darin kaum zu erkennen.

Wieder einmal gab es keine verbindlichen Zusagen zur Erhöhung der EZA-Mittel. Stattdessen verlassen sich traditionelle Geberländer wie Österreich zunehmend auf Unternehmen, private Geldgeber und die Erhöhung der Steuereinnahmen der Partnerländer. 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr sollen ab 2020 zwar für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel bereit gestellt werden, aber es ist nicht klar, aus welchen der „verschiedenen Quellen“ das Geld kommen soll.

Entwicklungsländer haben schon die Millennium Development Goals zum überwiegenden Teil selbst finanziert. Der Finanzbedarf für die SDGs wird wohl noch höher sein. Aber mehr Steuern einzunehmen bleibt vor allem für die ärmsten Länder nach wie vor schwierig. Jüngste internationale Reformen (wie der automatische Informationsaustausch von Steuerdaten) nützen vorerst vor allem den OECD-Staaten. In Addis erfuhr die von den G-77 wie von den NGOs vehement eingeforderte UN-Steuerorganisation nach drei harten Verhandlungstagen eine Abfuhr. Während alleine afrikanische Länder rund 50 Milliarden US-Dollar jährlich durch Steuerflucht und unrechtmäßige Finanzflüsse verlieren, bestimmt damit nach wie vor die OECD mit ihren Mitgliedsstaaten die Ausgestaltung des internationalen Steuersystems.

Besorgnis löste bei NGOs auch aus, dass Mittel aus dem privaten Sektor Finanzierungslöcher stopfen sollen. So finden sich in der Addis Agenda zahlreiche Verweise auf öffentlich-private Mischfinanzierungen. Eine Beurteilung der Chancen wie Risiken solcher Modelle ist aber nicht geplant. Auch werden die jeweiligen Verantwortlichkeiten



Quelle:
Martina Neuwirth

des Privatsektors bei der Befolgung von Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards nicht konkret benannt.

Darüber hinaus erinnern die NGOs daran, dass die Finanzkrise dringenden Handlungsbedarf für bessere Krisenvorbeugung und Regulierung des globalen Finanzsystems aufgezeigt hat. Konkrete Maßnahmen sucht man in der Aktionsagenda jedoch vergeblich. Auch konnte man sich in Addis wieder einmal nicht auf einen Mechanismus einigen, der es erlaubt, dass überschuldete Staaten geregelt in „Konkurs“ gehen können, ohne dass die Mehrheit der Bevölkerung verarmt. Dieses Schicksal könnte bald den völlig überschuldeten karibischen Inselstaaten drohen, die auf der Konferenz immer wieder auf ihre prekäre Situation hinwiesen.

Auf der Positivseite ist zu vermerken, dass es gelungen ist, die soziale Sicherheit (inkl. sogenannter Social Protection Floors) mit in den Fokus zu rücken. Doch es fehlen konkrete Finanzierungs-

modelle, und Zeitpläne. Dasselbe gilt für andere positive Initiativen, wie das geplante globale Infrastrukturforum, die Aufforderung nach vermehrter Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder oder den sogenannten „Technology Facilitation Mechanism“.

Die Hoffnungen liegen nun im Follow Up-Prozess und der neuen UN-Task Force, die sich konkret um die Umsetzung und Konkretisierung der Ergebnisse von Addis einsetzen soll.

Zum Nach- bzw. Weiterlesen:
Offizielle Konferenz-Website der UNO – www.un.org/esa/ffd/ffd3
Website der NGO-Koordinationsgruppe – www.csoforffd.wordpress.com
Informationen auf der VIDC-Website – www.videc.org/themen/wirtschaft/wirtschaftspolitik/financing-for-development



NGO-Vertreter_innen fordern eine UN-Steuerbehörde und globale Steuergerechtigkeit
Foto:
Martina Neuwirth

Frieden, Sicherheit und Nachhaltige Entwicklung

AWEPA – High-Level Seminar vom 8. bis 9. Oktober in Brüssel

Wolfgang Pirkhuber, Senior Parliamentary Advisor für die MDGs (Millennium Development Goals) von AWEPA



Diskussion im Plenum

Fotos:
Guy Goosens/
Belgian Senate

Das ausgezeichnet besetzte 2-tägige AWEPA-Seminar fand in den Räumen des belgischen Senats statt. Im Rahmen der AWEPA-Schwerpunkt-Strategie zur Stärkung der parlamentarischen Kapazität und Kontrolle im Hinblick auf die Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) bot diese Veranstaltung einmal mehr die Gelegenheit, sich zu tagesaktuellen Entwicklungen in Afrika auszutauschen, als auch weitere Perspektiven parlamentarischer Zusammenarbeit auszuloten.

Eröffnet wurde das Seminar von AWEPA-Präsidentin Miet Smet, der Präsidentin des belgischen Senats Christine Defraigne und Ike Ekweremadu, Parlamentspräsident der ECOWAS-Staatengruppe. Ihre Ansprachen zielten darauf, die Herausforderungen durch gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus sowie Ursachen und Konsequenzen dieser Entwicklung zu thematisieren. Eine Resolution betreffend Notwendigkeiten, Maßnahmen und Ziele für parlamentarische Aktivitäten

diesbezüglich sollten diskutiert und erarbeitet werden.

H.E. Macharia Kamau, Botschafter und ständiger Vertreter Kenias bei den Vereinten Nationen, gab eine umfassende Darstellung der 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), die als Nachfolgestrategie zu den Millenniumszielen auch Auswirkungen auf die Arbeit von AWEPA haben werden.

Im Laufe der Veranstaltung gab es unter anderem einen interessanten Beitrag von Dr. Anneli Botha aus Südafrika. Sie konnte durch konkrete Feldforschungen belegen, dass die Radikalisierung und steigende Gewaltbereitschaft vor allem jüngerer Männer in den verschiedenen afrikanischen Staaten und Regionen durchaus unterschiedliche Ursachen haben kann. Armut alleine sei keine zentrale auslösende Ursache, sondern bilde eher den Hintergrund. Besonders relevant seien ökonomische oder soziale Stigmatisierung oder Repressionen gegen ethnische Gruppen – also Unrechts-

gründe, die wesentlich dazu beitragen, dass es zu einer Radikalisierung kommt.

Im Workshop mit Fuco van Deventer, dem Direktor des Human Security Collective (HSC), der derzeit in den Konfliktregionen Mali, Nigeria und Kenia tätig ist, konnte diese Analyse vertieft und mit den Kolleg_innen aus den afrikanischen Staaten ein Setting von Thesen und Empfehlungen erarbeitet werden.

Afrikanische Parlamentarier_innen verwiesen darauf, dass der (illegale) Waffenhandel vor allem aus den destabilisierten Regionen (z.B. Libyen) verstärkt in die Subsahara Regionen einsickert und Nachschub erhält. Schlechte Regierungspraktiken, endemische Korruption, Ungleichheit gepaart mit extremer Armut bilden dann ein Gemisch mit politischer Sprengkraft, die in Gewalt und Bürgerkriegen münden.

Diesen Entwicklungen gilt es durch politische Arbeit mit umfassenden Vorschlägen und Konzepten in den Regionen und Kommunen rechtzeitig entgegenzuwirken. Der beschlossene Resolutionstext steht auf der Homepage von AWEPA (www.awepa.org) als Download zur Verfügung.



Runder Tisch „Menschen.Rechte.Wirtschaft“

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Im Jahr 2011 haben die Vereinten Nationen Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet und die Implementierung in nationales Recht empfohlen. Diese beinhalten u.a. die Verantwortung von Unternehmen, mit Sorgfaltspflichten als Teil ihrer umfassenden Verantwortung des Menschenrechtsschutzes zu agieren. Der Staat seinerseits hat den Auftrag sicherzustellen, dass die Unternehmen die Menschenrechte respektieren. Das heißt, dass der Staat bei der Implementierung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte Gesetzeslücken identifizieren und anschließend schließen soll.

Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen und/oder deren Tochter-, Sub- oder Zulieferunternehmen seien an der Tagesordnung. Sie passieren zwar meist tausende Kilometer abseits Europas, aber sie sind oft die direkten Konsequenzen von Entscheidungen, die in europäischen Hauptstädten und Konzernsitzen getroffen wurden. Jérôme Chaplier, Koordinator des europäischen Netzwerks European Coalition for Corporate Justice (ECCJ), wies darauf hin, dass laut Umfragen 87 % der europäischen Bürger_innen es unterstützen, dass privatwirtschaftliche Unternehmen sich an soziale und ethische Standards halten, wenn sie im Ausland aktiv sind. Er erläuterte das Konzept der „Due Diligence“ – der gebotenen Sorgfalt.

Dieses ist in den UN-Leitprinzipien verankert und beschreibt die Verantwortung von Unternehmen, mit Sorgfaltspflichten als Teil ihrer umfassenden Verantwortung des Menschenrechtsschutzes zu agieren. Dementsprechend sollen Unternehmen die menschenrechtlichen Risiken, die ihre Aktivitäten hervorrufen können, erkennen, vermei-

den und verringern. Im Falle der Verletzung sollen sie zudem über Wiedergutmachungsinstrumente verfügen und entschädigen.

Österreich wurde im Rahmen der Diskussionen über ein rechtsverbindliches Instrument zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte bereits vom zuständigen UN-Ausschuss gerügt und zum Handeln aufgefordert. Die Vorsitzende der AWEPA Sektion im österreichischen Parlament, Abg.z.NR Petra Bayr, wies in ihrer Stellungnahme auf diesen Umstand hin, und unterstrich in der Folge die Dringlichkeit einer rechtlichen Handhabe, wie österreichische Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können.

Daniel Bacher von der DKA, Mitglied im Netzwerk Soziale Verantwortung, verwies darauf, dass Österreich aufgrund seiner Exportorientierung ein Gewinner der verstärkten Globalisierung ist, in einigen wirtschaftlichen Nischen sogar Weltmarktführer. Die Verankerung der allgemein gültigen Menschenrechte auch und vor allem in der Wirtschaft ist jedoch noch unzureichend ausgeformt. Wirtschaftspartnerschaften gewinnen auch in der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung, und es ist somit umso wichtiger, klare Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der französische Abgeordnete Dominique Potier beschrieb den Weg, den ein eigens gegründeter parlamentarischer Zirkel (Cercle RSM pour la Responsabilité Sociétale des Multinationales) in Frankreich ging, um ein Gesetz zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten zu formulieren und in die Nationalversammlung zu bringen. Zwei Jahre lang arbeiteten NGOs, französische Gewerkschaftsverbände, Universitäten und



Juristen, und alle vier Fraktionen der Parlamentsmehrheit (Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten – Gruppe GDR, Radikale – Gruppe RRDP) zusammen an einem Kompromiss für einen Gesetzesentwurf. Eine endgültige Annahme steht nach Debatten im Senat noch aus.

Die rechtsvergleichende Studie (im österreichischen, deutschen und schweizerischen Recht) „Die Sorgfaltspflichten von Unternehmen und Vorstandsmitgliedern bezüglich Menschenrechten bei Auslandsaktivitäten“, die beim Runden Tisch von Marieta Kaufmann vom Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) vorgestellt wurde, bezog sich auf konkrete Vorschläge zur Effektivierung des österreichischen Menschenrechtsschutzes im Zivilrecht im Zusammenhang mit unternehmerischer Sorgfaltspflicht.

Foto 1: Jérôme Chaplier (European Coalition for Corporate Justice) stellte europäische Initiativen und das Konzept der Due Diligence vor.

Foto 2: Abgeordneter Dominique Potier beschrieb den Weg, den man in Frankreich ging, um ein Gesetz zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten zu formulieren.

Fotos:
Ingrid Pranger

AWEPA Sektion Österreich

Aktivitäten in den Sitzungsperioden 2013 bis 2015

Thematischer Fokus

- Migration Afrika-Europa/Migration innerhalb Afrikas
- Politische Kohärenz im Interesse der Entwicklung
- Rechte von Menschen mit Behinderung (in der Entwicklungszusammenarbeit)
- Menschenrechte und Verantwortung des Privatsektors

Aktivitäten

22.-25. Oktober 2013	Konferenz zur Eliminierung der weiblichen Genitalverstümmelung in Rom; Teilnahme von Petra Bayr, AWEPA Senior Parliamentary Advisor für FGM (Female Genitale Mutilation)
8.-9. November 2013	Nachhaltige Agrar-Investitionen in Afrika - Chancen und Risiken; Teilnahme von Wolfgang Pirkhuber (AWEPA Senior Parliamentary Advisor für MDGs) am parlamentarischen Meeting in Malabo, Äquatorial-Guinea
29. Jänner 2014	Sitzung der AWEPA Sektion Österreich mit Festlegung von Themen und Terminen für die Sitzungsperiode
18. März 2014	Runder Tisch zu „Political Foundations in Development Cooperation“
20. März 2014	Parlamentarischer Dialog am Rande der griechischen EU-Präsidentschaft in Athen; Treffen der AWEPA Senior Parliamentary Advisors (SPA) u. a. mit Wolfgang Pirkhuber (SPA für MDGs)
25. März 2014	V. Generalversammlung der AWEPA Sektion Österreich
27. März 2014	FAIRTRADE-Ausstellung im Parlament „Faire Kleidung und Textilien“
25. Mai 2014	Teilnahme der AWEPA Vorsitzenden und AWEPA Mitglieder beim NordSüdDialog FORUM „Globale Partnerschaft für Entwicklung“
1. Juli 2014	AWEPA Sitzung mit Schwerpunktthema „Migration und Entwicklung“ – Diskussion mit Expert_innen, u.a. vom International Centre for Migration Policy Development, VIDC und österreichischem Integrationsfond
2.-3. Oktober 2014	30 Jahre AWEPA Konferenz in Midrand, Südafrika, zum Thema „Strengthening Cooperation on Migration and Mobility“; Teilnahme von Petra Bayr und Tanja Windbüchler-Souschill (Vorsitzende und stellvertr. Vorsitzende AWEPA Sektion Österreich) Wahl von Petra Bayr in das Exekutivkomitee von AWEPA International für die Periode Jänner 2015 bis Dezember 2019.
11. November 2014	Sitzung der AWEPA Sektion Österreich mit Festlegung von Themen und Terminen für die Sitzungsperiode
17. November 2014	Menschen.Rechte.Wirtschaft – Präsentation des „Rechtsgutachten zum Menschenrechtsschutz bei Auslandsaktivitäten österreichischer Unternehmen“ in Kooperation mit dem Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe)
20. November 2014	Entschließungsantrag betreffend Globale Partnerschaft für Entwicklung; eingebracht von den drei AWEPA Vorsitzenden Tanja Windbüchler, Petra Bayr und Franz-Joseph Huainigg
12. März 2015	AWEPA Sitzung der Sektion Österreich
26. März 2015	FAIRTRADE-Ausstellung im Parlament „Gewinnung von Rohstoffen/Gold“



AWEPA arbeitet in Kooperation mit afrikanischen Parlamenten um die parlamentarische Demokratie in Afrika zu stärken, um Afrika auf der politische Agenda in Europa präsent zu halten, und um den afrikanisch-europäischen parlamentarischen Dialog zu fördern.

14. April 2015 Treffen des Afrika Club mit Vertreter_innen des außerpolitischen Ausschuss im Parlament; der Afrika Club ist ein offenes Diskussionsforum von Expert_innen zur Afrika Politik und beschäftigt sich seit drei Jahren mit Fragen zum afrikanischen Kontinent. Zentral ist der gleichberechtigte Dialog zwischen afrikanischen Diasporas in Österreich und Österreicher_innen.
20. Mai 2015 Besuch der Vorsitzenden des Exekutivkomitees von AWEPA International Miet Smet; Aussprache mit AWEPA Mitgliedern der Sektion Österreich
9. Juni 2015 Teilnahme der AWEPA Vorsitzenden und AWEPA Mitglieder beim NordSüdDialog FORUM „Soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung“
- Newsletter** Der elektronische Newsletter der Sektion wurde in regelmäßigen Abständen an die Mitglieder ausgesandt und enthielt Informationen über die aktuellen Aktivitäten der Sektion, AWEPA International sowie relevanten entwicklungspolitischen Themen und Ereignissen.

Fotos:
Guy Goosens/
Belgian Senate,
Zolles KG/Hagen,
Jutta Kepplinger,
AWEPA International,
Ingrid Pranger,
Wolfgang Pirkhuber,
Lisa Reisenberger,
Zolles/Godany



ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

REMITTANCES ALS ENTWICKLUNGSPOLITISCHES INSTRUMENT?

Ein Großteil der Migrant_innen in Europa und Österreich brechen die Verbindungen zu ihren Herkunftsländern nicht ab. Im Gegenteil, durch Geldüberweisungen leisten sie einen oft wesentlichen Beitrag zum Lebensunterhalt ihrer Familien und Bekannten. Diese Geldsendungen an Herkunftsländer, Remittances genannt, beliefen sich laut Weltbank im Jahr 2013 weltweit auf 418 Milliarden US-Dollar; Tendenz stabil steigend. Somit übertreffen sie die ODA (Official Development Assistance) bei weitem und liegen nach den direkten Auslandsinvestitionen (FDI; Foreign Direct Investment) auf Platz 2 in Bezug auf Quellen externer Finanzierung für Entwicklungsländer. Vor allem für kleinere Länder stellen Remittances die größte Einnahmequelle von ausländischem Kapital dar.

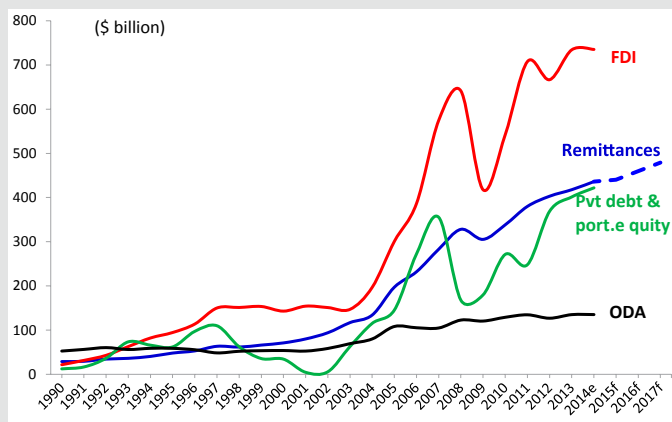
Remittances leisten zweifellos einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand einzelner Familien. In welchem Ausmaß sie jedoch zur Armutsminderung eines Landes beitragen und wirtschaftliches Wachstum initiieren können ist unklar. Die Hauptempfängerländer weltweit waren 2014 große Länder: Indien, China, die Philippinen, Mexiko, Nigeria, Ägypten, Pakistan und Bangladesch. Da Remittances private Leistungen darstellen, können sie auch von Regierungen nicht gesteuert bzw. entwicklungspolitisch instrumentalisiert werden.

ÖSTERREICH

Migrant_innen in Österreich haben im Jahr 2014 3.857 Mio. US-Dollar in ihre Heimatländer überwiesen, der überwiegende Teil davon an EU-Länder und Serbien, 37 % an Entwicklungsländer. Die Gastarbeiterüberweisungen Österreichs, die lediglich einen Teil der gesamten Remittances darstellen, werden für 2014 auf 772 Mio. € geschätzt; davon gehen ca. 40 % an Upper Middle Income Countries (UMICs), Lower Middle Income Countries (LMICs) und Least Developed Countries (LDCs). Wie aus der Tabelle zu österreichischen Gastarbeiterüberweisungen ersichtlich wird, gehen mehr als 90 % dieser Überweisungen an UMICs (Balkan und Türkei) und nur ein verschwindend geringer Teil an LDCs.

Durch diese geographische Verteilung relativiert sich die Bedeutung der Remittances und Gastarbeiterüberweisungen für die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit, denn arme Länder (LDCs) oder Schwerpunktländer der OEZA sind unterdurchschnittlich repräsentiert.

Figure 2: Remittance flows are larger than ODA, and more stable than private capital flows



Sources: World Bank Staff calculations, World Development Indicators, OECD. Private debt includes portfolio investment bonds, and commercial banks and other lending

Table 1: Estimates and projections for remittance flows to developing countries

	2012	2013	2014f	2015f	2016f	2017f
	(\$ billions)					
Developing countries	403	418	436	440	459	479
East Asia and Pacific	107	113	122	125	130	135
Europe and Central Asia	46	52	48	42	45	48
Latin America and Caribbean	60	61	64	66	69	71
Middle-East and North Africa	49	49	53	53	55	57
South Asia	108	111	116	120	126	132
Sub-Saharan Africa	32	32	33	33	34	36
World	533	557	583	586	610	636
Low-income countries	31	33	35	35	38	40
Middle-income	372	385	401	405	421	439
High income	130.1	139.3	147.3	145.8	150.8	156.9

Sources: World Bank staff calculations based on data from IMF Balance of Payments Statistics and data releases from central banks, national statistical agencies, and World Bank country desks. See Annex in Brief 23 for more detail on the forecast methodology. Following IMF Balance of Payments Manual 6, remittances are defined as personal transfers and compensation of employees. The dataset is available at www.worldbank.org/migration.

Tabelle: Größte österreichische Gastarbeiterüberweisungen an LDCs, LMICs und UMICs, 2014; in Mio. €.

Serbien	93
Bosnien und Herzegowina	91
Türkei	77
Mazedonien	13
Kosovo	7
Indien, Philippinen, Ukraine, China	3
Afghanistan, Nigeria, Thailand	2

Quellen: World Bank (2015): Migration and Remittances: Recent Developments and Outlook, April 13 2015

Österreichische Forschungsinstitut für Internationale Entwicklung (ÖFSE) (2015): Österreichische Entwicklungspolitik. Analysen. Berichte. Informationen. Rohstoffe und Entwicklung. Wien, 2015.